



NACH 14 JAHREN MERKEL-REGIERUNG

Die Destabilisierung Deutschlands – nun ist sie halt da!

Von STEFAN SCHUBERT | Eine Woche von Gewalt und Terror liegt hinter uns. In Paris ermordet ein islamistischer Terrorist vier Polizisten mit einem großen Küchenmesser. Im hessischen Limburg verübt ein polizeibekannter, abgelehnter syrischer Asylbewerber einen Terroranschlag mit einem geraubten Lkw. In Berlin-Mitte überwindet der Syrer Mohamad M. die Sicherheitsabspernung einer Synagoge; bewaffnet ist er mit einem Kampfmesser (20-cm-Klinge). Der Syrer ruft bei seinem Angriff »Allahu akbar!« und »Fuck Israel!«. In Halle (Sachsen-Anhalt) greift ein bewaffneter Neonazi erst die dortige Synagoge und dann einen Döner-Imbiss an und tötet zwei Menschen.

Gewalt und Extremismus sind in jeglicher Form abzulehnen. Diesen Taten sind jedoch nicht in einem luftleeren Raum entstanden, sondern sind ein Produkt der gesellschaftlichen Spannungen in Deutschland und Westeuropa. Diese prallen unaufhörlich wie tektonische Platten aufeinander und können sich jederzeit entladen. Statt Erdbeben lösen diese jedoch brutale Gewalttaten und Terror aus. Die Instrumentalisierung

der Tat und damit auch der Opfer setzt unmittelbar nach dem Geschehen ein. Rechte hoffen wie in Halle auf einen islamischen Terroristen, Linke auf einen deutschen Nazi. Für ehrliche Trauer und Anteilnahme bleibt keine Zeit mehr. Die Tat gilt es sogleich für das eigene Lager zu instrumentalisieren. Egal welche Taten der jüngsten Vergangenheit man betrachtet, das Aufeinanderprallen der Ideologien folgte jeweils auf dem Fuße.

Bereits frühzeitig haben Sicherheitsexperten vor dieser Verrohung und der daraus resultierenden Gewaltspirale gewarnt. Darunter auch der verstorbene Udo Ulfkotte und der Autor dieser Zeilen in unserem gemeinsamen Spiegel-Bestseller [Grenzenlos kriminell](#) aus dem Sommer 2016.

Die Destabilisierung Deutschlands kommt jedoch nicht überraschend, sondern ist eine nahezu unausweichliche Folge des Staatsversagens seit den Grenzöffnungen 2015. Die Gewalt der Extremisten wird auch durch eine Politik genährt, die sich gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung richtet. In einer Civey-Umfrage aus dem Jahr 2018 stimmten knapp drei Viertel der Deutschen der folgenden Aussage zu: »Der Islam gehört nicht zu Deutschland.« Und laut einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage der Bertelsmann-Stiftung vom August 2019 sind knapp 52 % der Meinung, dass es zu viel Einwanderung gibt. Wahlen werden hingegen nicht mehr als wichtiger demokratischer Prozess wahrgenommen, sondern fördern paradoxerweise die bereits stark verbreitete Politikverdrossenheit. Wer CDU/CSU wählt, erhält mittlerweile eine grün-linke Politik, gerade auch in der polarisierenden Migrationsfrage. Und bei der Thüringen-Wahl könnte eine CDU-Stimme sogar dem SED-Erben Die Linke an die Macht verhelfen, wie es unlängst der ehemalige [Bundespräsident Joachim Gauck gefordert](#) hat.

Gesellschaftliche Spannungen steigen

Die Warnungen bezüglich zunehmender Spannungen wurden

ignoriert, unbequeme Bücher durch Mainstream-Medien totgeschwiegen und vom Buchhandel boykottiert. Der Verlust der Inneren Sicherheit entfaltet sich vor unseren Augen in immer kürzeren Abständen. Die größte Schuld an dieser gesellschaftlichen Verwahrlosung trägt die Bundesregierung mit ihrer Migrationspolitik. Anstatt die Sicherheit an Deutschlands Grenzen und auf den Straßen wiederherzustellen, haben die Verantwortlichen einen Kontrollverlust des Staates von epochalen Dimensionen zugelassen, wie es ihn seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1949 noch nicht zu beklagen gab.

Symptomatisch für das Versagen der Berliner Elite sei an ein Zitat der Bundeskanzlerin erinnert: »Ist mir egal, ob ich schuld am Zustrom der Flüchtlinge bin, nun sind sie halt da.« Mit diesen Worten reagierte Angela Merkel bekanntlich auf innerparteiliche Kritik an ihrer Grenzöffnung und dem ansteigenden Flüchtlingsstrom. Seit 2015 haben Flüchtlinge aus mehrheitlich muslimischen Herkunftsstaaten über eine Million Straftaten in Deutschland verübt. Und der Generalbundesanwalt hat in diesem Zeitraum den neuen Rekordwert von 2467 islamistischen Terrorverfahren bekannt gegeben. Die Zahlen sind unstrittig, da der Autor die Zahlen und Statistiken vom Bundeskriminalamt und dem Generalbundesanwalt erhalten hat. Erstmals wurden diese alarmierenden Zahlen in meinem aktuellen Buch [*Sicherheitsrisiko Islam*](#) veröffentlicht.

Sie ahnen es, auch dieses Buch wird vom Mainstream totgeschwiegen und vom Buchhandel boykottiert. Anstatt der Bevölkerung Fakten mitzuteilen, wird der Bürger mit einem regierungskonformen Gute-Laune-Journalismus ruhiggestellt. Über die alarmierende wie skandalöse Zahl von über einer Million Straftaten durch Flüchtlinge wurde bisher von keinem großen Medienhaus berichtet. Wenn Medienkritiker sich angesichts dieser Auffassung von Journalismus mittlerweile an sozialistische Diktaturen wie die Sowjetunion und die DDR erinnert fühlen, dann ist dies allein der Arbeitsweise der

Mainstream-Medien geschuldet. Damals herrschte Einigkeit darüber, dass es im »fortschrittlichen« Sozialismus keine Kriminalität geben kann/darf.

Schließlich bescherte die sozialistische Ideologie den Bürgern das wahr gewordene Utopia. Im grenzenlosen Deutschland des Jahres 2019 bedienen nun Multi-Kulti-Ideologen die Schalthebel der Meinungsmacht. Auch heute wird immer noch die Mär von einer angeblich zurückgehenden Kriminalität verbreitet. Dazu werden gewalttätige Nebenwirkungen der Islamisierung, wie dieser Tage in Berlin durch den versuchten islamistischen Terroranschlag auf eine Synagoge, kurzerhand zum Hausfriedensbruch umetikettiert, während ein Terroranschlag durch einen syrischen Flüchtling in Limburg von der ARD-Tagesschau allen Ernstes in einen »Lkw-Vorfall« umgetauft wird.

Bundesregierung vertieft die gesellschaftlichen Gräben

Die Teilnahme der Bundesregierung erfolgt nicht mehr allgemein, sondern hängt offenbar vom »richtigen« Täter ab. Den Opfern und Hinterbliebenen des schwerwiegendsten islamistischen Terroranschlags in Deutschland auf dem Berliner Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz verweigerte Angela Merkel ihre persönliche Anteilnahme und erschien auf keiner Mahnwache. Noch am Tag des rechtsextremistischen Terroranschlages von Halle nahm Merkel hingegen an einer Mahnwache an der neuen Synagoge in Berlin-Mitte teil. Durch dieses Verhalten der Bundeskanzlerin vertieft sich der Graben zwischen Bürgern und der Politik weiter.



Die entstandene Wut und das explosive Potenzial im Land haben besorgniserregende Dimensionen angenommen. Die Frage ist

nicht, ob, sondern wann sich diese aufgestauten Spannungen entladen werden. Die Destabilisierung Deutschlands – nun ist sie halt da, und der Bürger befindet sich mittendrin.

» Stefan Schubert: [Die Destabilisierung Deutschlands](#), 336 Seiten, 22,99 Euro – [hier](#) bestellen!

Dieser Beitrag ist zuerst bei [KOPP Report](#) erschienen.



Erdogan droht EU mit 3,6 Millionen Flüchtlingen

Von EUGEN PRINZ | Die Feindschaft zwischen den Türken und der als Terrororganisation verbotenen kurdischen Arbeiterpartei (PKK) hat eine lange Tradition. Die PKK ist eine sozialistisch ausgerichtete, militante Untergrundorganisation mit Ursprung in den kurdischen Siedlungsgebieten innerhalb der Türkei. Die PKK kämpft für die politische Autonomie kurdisch besiedelter Gebiete, was sie automatisch zum Todfeind des autokratisch regierenden türkischen Staatspräsidenten Erdogan macht.

Dieser betrachtet die im syrischen Grenzgebiet zur Türkei operierende Kurdenmiliz YPG als militärischen Arm der kurdischen Arbeiterpartei. Bisher konnte er nicht gegen die YPG vorgehen, da die Kurdenmiliz Seite an Seite mit den

Amerikanern in Syrien den Islamischen Staat bekämpfte und somit als Verbündete von Uncle Sam unter dessen Schutz stand. Jetzt wurden die U.S. Truppen auf Anweisung des Präsidenten abgezogen und Erdogan sah seine Stunde gekommen.

Ungeliebte syrische Flüchtlinge sollen raus aus Türkei

Sein Ziel ist es, in der Region zwischen dem Euphrat im Westen und der irakischen Grenze auf syrischem Gebiet eine etwa 400 Kilometer lange und 30 bis 40 Kilometer tiefe so genannte „Sicherheitszone“ schaffen. In dieser sollen dann bis zu zwei Millionen syrische Flüchtlinge angesiedelt werden, die inzwischen in der Türkei für immer größere soziale Spannungen sorgen. Im Grunde geht es hier um nichts anderes, als um eine türkische Besatzungszone auf dem Staatsgebiet Syriens und um einen Bevölkerungsaustausch Kurden gegen Syrer.

Bisher bestanden die Gefechte hauptsächlich aus Luftangriffen und Artilleriebeschuss. Informationen der [FREIEN WELT](#) zufolge, wurden dabei auch gezielt christliche Kirchen und Wohngebiete im syrischen Operationsgebiet angegriffen.

Die EU will auf diplomatischem Weg die Militäroperation stoppen und hat diese als „Invasion“ bezeichnet. Deutschland verurteile die türkische Offensive „auf schärfstmögliche Weise“, so der stellvertretende deutsche UN-Botschafter Jürgen Schulz am Donnerstag vor einer Sitzung des UN-Sicherheitsrats in New York.

Erdogan droht der EU

Wer den türkischen Staatspräsidenten kennt weiß, dass dieser leicht reizbar ist, sich nicht drohen lässt und sich auch nicht scheut, gegen Verbündete harte Maßnahmen zu ergreifen. Als Beispiel sei hier genannt, dass er trotz des heftigen Widerstands der Amerikaner das [russische Luftabwehrsystems S-400](#) gekauft hat, als ihm die amerikanischen Patriot-Raketen verweigert wurden.

Deshalb ist auch die Drohung ernst zu nehmen, die er am Donnerstag in Ankara vor Abgeordneten seiner AKP an die Europäische Union richtete:

„Hey EU, wach auf! Ich sage erneut: Wenn ihr unsere Operation als Invasion darzustellen versucht, ist unsere Aufgabe einfach: Wir werden die Türen öffnen, und 3,6 Millionen Menschen werden zu euch kommen“

Seine Aussage bezieht sich auf den Flüchtlingsdeal, der von der EU auf Betreiben Merkels im Frühjahr 2016 mit der Türkei ausgehandelt wurde. Der wesentliche Kern des Abkommens besagt, dass die Türkei ihren Grenzschutz verstärkt und dadurch verhindert, dass „Flüchtlinge“ aus den dortigen Lagern auf die griechischen Inseln gelangen. Für diese Dienstleistung wurden den Türken von 2016 bis 2018 insgesamt sechs Milliarden Euro in den Rachen geworfen.

Offenbar ist das Geld inzwischen aufgebraucht. Nachdem sich Erdogan nun die kostspielige Militäraktion in Syrien leistet, braucht er monetären Nachschub. Die Türkei ist mit einer Inflationsrate von derzeit 15% wirtschaftlich in keiner guten Verfassung, deshalb liegt es nahe, sich die Syrienoperation wenigstens teilweise von der EU bezahlen zu lassen. Und da kommt der Flüchtlingsdeal sehr gelegen.



Bereits im Juli 2019 gab es aus der Türkei Signale, dass man das Abkommen unter anderen deshalb kündigen will, weil der Geldfluss nicht zufriedenstellend ist. Um die EU unter Druck zu setzen, wurden die Schleusen geöffnet. Nicht ganz, aber ein schönes Stück weit. Innerhalb von 24 Stunden landeten 650 Syrer und Afghanen von der Türkei kommend in Schlauchbooten

auf der griechischen Insel Lesbos.

Daraufhin ging, man möge dem Autor die Ausdrucksweise verzeihen, den EU-Granden der Hintern auf Grundeis, denn die Griechen waren mit der Situation vollkommen überfordert. Allerdings ist es auch nicht sehr schwierig, die Griechen zu überfordern. Die bringen es nicht einmal fertig, Büros und Computer zu stellen, wenn ihnen die EU Personal zur Bewältigung der Flüchtlingskrise schickt.

Nach dem „Warnschuss“ der Türken schlüpfte der deutsche Innenminister Horst Dreier in die Rolle des Krisendiplomaten. Das Ergebnis zitiert die [Tagesschau](#) wie folgt:

Der türkische Außenminister lobt die Gespräche und hofft auf mehr Geld.

Die EU hat sich erpressbar gemacht

Das werden die Türken wohl auch bekommen. Die herrschende Elite in den EU Staaten weiß genau, dass sie einen zweiten Flüchtlings-Tsunami wie 2015/2016 politisch nicht überleben würde. Deshalb werden nun weitere Milliarden nach Ankara fließen und die EU wird sich mit ihrer Kritik an der Militäroperation in Syrien zurückhalten. Falls nicht, könnte Erdogan genüsslich einige größere Flüchtlingswellen auf Griechenland loslassen und lächelnd dabei zusehen, wie die Staatslenker in der EU zu schwitzen anfangen.

Es ist ein erbärmliches Bild, das die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union hier abgeben. Der türkische Präsident wäre dumm, wenn er mit diesem Haufen nicht so umspringen würde.

Die EU hat sich durch das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei erpressbar gemacht. Wären die sechs Milliarden Euro für Ankara

statt dessen in Grenzschutzmaßnahmen auf den griechischen Inseln investiert worden, müsste die EU jetzt nicht über jedes Stöckchen springen, das ihr Erdogan hin hält.



Eugen Prinz
im Mai 2019
auf dem
Kongress der
Neuen Medien
in Berlin.

[Eugen Prinz](#) kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für [PI-NEWS](#) und den Blog [zuwanderung.net](#). Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine [Facebook-Seite](#) oder [Twitter](#).



Massen von „Flüchtlingen“ stehen bereit

Von CHEVROLET | Österreichs ehemaliger und wohl auch künftiger Bundeskanzler Sebastian Kurz hat es schon am 26. September ohne Umschweife ausgesprochen: Mit Blick auf Griechenland und die Türkei und die „Flüchtlinge“, die über die Balkanroute nach Mitteleuropa vordringen, sagte er: „Dort braut sich was zusammen“. Was Kurz meinte, sind die Flüchtlingsmassen, die sich zunehmend über die Ägais und Griechenland auf den Weg ins gelobte Land machen, um Vollversorgung zu erhalten.

Zusammen braut sich auch anderswo etwas, wie Kurz in dem Interview mit der Bild-Zeitung kritisierte: „Wenn ich mir anschau, wie sich die Politik in Spanien in den letzten Jahren geändert hat, in Richtung wieder mehr offene Grenzen, wenn ich mir anschau, was jetzt in Italien die neue Linie ist, dass sie dort wieder mehr offene Häfen anvisieren, dann ist das eine Umkehr in der Migrationspolitik“, so Kurz.

Dies seien „keine sehr richtigen Signale, [die aus Europa in Richtung Afrika](#), in Richtung der Schlepper gesendet werden.“

Doch für die deutschen Politiker war das nur Wahlkampfgetöse des Österreichers. Es sollte dann doch noch ein paar Tage dauern, bis der deutsche Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU), wegen seiner Wetterwendigkeit auch Drehhofer genannt, das Gleiche bemerkte wie Kurz im September. In einem [Interview mit der „Bild am Sonntag“](#) erklärte Seehofer: „Wir müssen unseren europäischen Partner bei den Kontrollen an den EU-Außengrenzen mehr helfen. Wir haben sie zu lange alleine gelassen. Wenn wir das nicht machen, werden wir eine Flüchtlingswelle wie 2015 erleben – vielleicht sogar noch eine größere als vor vier Jahren.“

Zusammen mit der neuen EU-Kommissionspräsidentin von Merkels

Gnade, Ursula von der Leyen, werde er alles tun, „dass sich das nicht wiederholt“.

Sein erster Schritt dazu ist lauthals zu verkünden, dass Deutschland jeweils ein Viertel der über Libyen und Italien kommenden „Flüchtlinge“ aus Afrika aufnimmt. Die werden ja bekanntlich von den Gutmenschen-„Rettern“ direkt bei den Schleusern abgeholt und nach Europa gebracht.

So sind es außerordentlich gute Nachrichten für die angehenden „Flüchtlinge“, die in Libyen schon Boot bei Fuß stehen, aber auch für die Schlepper, denen in die Hände gespielt wird, wenn sie in ihrer Werbung die mindestens 25-prozentige Chance der direkten Weiterreise nach Deutschland anbieten können. Carola Rackete und ihre Spießgesellen werden den Rest erledigen.

Doch was hilft es, sich nur um die zentrale Mittelmeer-Route zu sorgen, über die nur ein Teil der Versorgungssuchenden dieser Welt nach Deutschland und Europa kommt?

Im Westen, in Spanien, sind die Grenzen sperrangelweit offen, und der Weg übers Mittelmeer ist kurz und vergleichsweise ungefährlich. Oder die jungen Herren klettern mal schnell über die Zäune in Spanisch-Marokko in Ceuta und Melilla.

Und dann ist da natürlich noch die berühmte Balkan-Route, auf der die neuen Herren in deutlich größerer Zahl wieder nach Mitteleuropa gelangen. Auch wenn immer wieder behauptet wurde, dass dieser Weg geschlossen sei, war die Balkan-Route nie zu, und jetzt ist sie längst wieder erste Wahl bei denen geworden, die sich ein süßes Leben vom fremdem Geld erhoffen.

Das ist auch dem türkischen Präsidenten Erdogan zu verdanken, der zunehmend mehr Flüchtlinge gen Westen los lässt. Einmal will er seine Glaubensbrüder aus Nahost sowieso loswerden, weil sie in der türkischen Bevölkerung immer unbeliebter werden, und zum anderen will er mehr Geld dafür, dass er die Arbeit der EU-Staaten übernimmt, die Grenze zu sichern, sozusagen die Türkei den Türsteher der EU macht.

Das Verhalten der Türkei in Sachen Flüchtlingen [kritisierte Kurz und droht](#) dem türkischen Premierminister Recep Tayyip Erdogan: „Es gibt einen Deal mit der Türkei, der hat uns als Europäische Union teures Geld gekostet. Insofern wäre es am besten, wenn wir geschlossen dem Präsidenten Erdogan vermitteln, dass, wenn er sich nicht an diesen Deal hält, dass das Konsequenzen hat.“

Kurz schloss auch einen Abbruch der Beitrittsverhandlungen nicht aus und drohte mit weiteren wirtschaftlichen Konsequenzen und einer klaren Linie. „Wenn wir uns auf Erdogans Spielfeld begeben und wieder mit ihm verhandeln, dann werden wir immer mehr an ihn bezahlen und er wird immer mehr den Eindruck haben, dass er uns in der Hand hat“, so Kurz.

Österreich zeigte Seehofer unterdessen die kalte Schulter, was die Aufnahme weiterer Flüchtlinge anbetrifft. Und das geht schon bei denen, die auf der [zentralen Mittelmeerroute](#) kommen, los. Davon werden außer Deutschland, Frankreich, Malta und Italien nur Kroatien, Finnland, Irland, Litauen, Luxemburg und Portugal Personen aufnehmen. Angesichts der Größe der Länder werden es nur wenige sein. Und ein „Flüchtling“, der ins schöne Litauen kommt, wird sicher nicht lange dort bleiben, denn die Weiterreise ins wahre Zielland Deutschland kostet per Fernbus gerade mal 30 bis 40 Euro.



Der Schlepperin Rackete ist Deutschland „zu voll“

Die unfassbare Aussage ist zwar eigentlich schon bald zwei Wochen alt, doch erst jetzt ging sie im Internet viral: Ex-„Sea-Watch“-Kapitänin Carola Rackete bekundete im „Spiegel“ ihre Absicht, „auf lange Sicht“ Deutschland zu verlassen – denn hier würden ihr „zu viele Menschen auf zu engem Raum“ leben.

Die zur linksgrünen Volksikone aufgestiegene Schlepperhelferin meinte diese Bemerkung keineswegs etwa ironisch – und die sich in ihr offenbarende totale Schizophrenie fiel auch dem „Spiegel“ bzw. dem zuständigen Redakteur Steffen Lüdke offenbar nicht weiter auf:

Eine deutsche Bürgertochter spielt sich zuerst aus selbstangemaßtem, eigenen Recht als „Aktivistin“ auf und schippert illegal Menschen übers Meer aus einem Kontinent, dessen Bevölkerung am Ende jeder einzelnen Woche um knapp eine Million Menschen anwächst (netto, also bereits nach Abzug der Sterbequote); dann lädt sie eine aus absichtlich herbeigeführter „Seenot“ gerettete darwinistische Zufallsauswahl junger Schwarzafrikaner in Italien ab, die eigentlich kein anderes Ziel als Deutschland kennen; und dann will sie selbst in Deutschland nicht mehr leben, weil es ihr hier zu overcrowded ist.

Das ist wahrlich linkes Luxus-Labordenken at its finest, nach dem Motto „Nach mir die Sintflut“... ([Fortsetzung Schlepperin Rackete hier bei Jouwatch!](#))



Krefeld: Mehr als 1400 Euro für einen Asylbewerber – pro Tag!

Von EUGEN PRINZ | In Deutschland haben wir eine geradezu obszöne Steuerlast zu tragen, die zweithöchste weltweit. Nur in Belgien wird den Arbeitnehmern noch mehr vom Brutto abgeknöpft als hierzulande, erfahren wir aus einer im [April veröffentlichten Studie](#) der OECD. Nicht nur die Arbeitnehmer, auch die Selbständigen können ein Lied davon singen.

Zweithöchste Steuerlast der Welt – und noch nicht genug

Und weil das immer noch nicht genügt, werden jene Deppen, die morgens aufstehen und zur Arbeit gehen, um die nötigen Euronen für die wachsende Zahl fremder Kostgänger unseres Sozialsystems zu erwirtschaften, in Kürze unter dem Deckmäntelchen des Klimaschutzes auch noch mit einer Luftsteuer – Verzeihung – CO₂-Abgabe beglückt, die alles, aber auch wirklich alles, mit dem wir es im täglichen Leben zu tun haben, verteuern wird.

Nun mag sich der naive Bürger damit trösten, dass die Regierung verantwortungsvoll mit den Steuergeldern umgeht und zum Wohle des Staatsvolkes investiert.

Die Flüchtlinge sind uns lieb und teuer

Das mag stimmen, wenn man die Alimentierung eines

minderjährigen unbegleiteten Flüchtlings mit durchschnittlich 5000 Euro monatlich als solche nützliche Investition versteht. Tut man das, darf man sich darüber freuen, dass das Land Hessen noch viel großzügiger ist und sich den hoffnungsvollen Nachwuchs aus dem Morgenland, der in Form von „[Ankerkindern](#)“ ohne Eltern in unser Land kommt, monatlich [sogar 8469 Euro](#) kosten lässt.

Fliegen wie die Kanzlerin

Aber auch bei jenen, die nach langem Hin- und Her unser Land wieder verlassen müssen, lässt sich der Staat nicht lumpen. Schlappe [137.000 Euro](#) kostete kürzlich die Abschiebung von zwei hochkriminellen Kenianern mit einem Privatjet inklusive 14-köpfiger Begleitmannschaft. Damit reisten die beiden Schwarzen auf dem Niveau eines Staatschefs. Mit in der Maschine befanden sich neben der Crew neun Bundespolizisten, ein Arzt und ein Sanitäter sowie ein Beauftragter von Frontex, der als neutraler Beobachter den ordnungsgemäßen Ablauf der Abschiebung dokumentierte. Man gönnt sich, beziehungsweise dem Steuerzahler, ja sonst nichts...

And the winner is... Krefeld

Wer allerdings meint, das wäre nicht mehr zu toppen, der irrt gewaltig. Die Stadt Krefeld gibt für einen Asylbewerber gegenwärtig mehr als 1400 Euro aus.

Pro Tag, nicht pro Monat.

Monatlich belaufen sich die Kosten auf über 42.000 Euro, wie unschwer zu errechnen ist. Bisher hat der brave deutsche Steuer-Michel für die dringend benötigte „Fachkraft zur Auslastung des Justizsystems“ insgesamt 270.000 Euro aufwenden dürfen. Grund genug, sich näher mit dem Fall zu beschäftigen:



Seit März 2019 hat die Stadt Krefeld Probleme mit einem aggressiven Flüchtling, der in der Unterkunft im Ortsteil Fischeln untergebracht ist. Er ist so gefährlich, dass man sich nicht mehr anders zu helfen wusste, als rund um die Uhr zwei Security Mitarbeiter abzustellen, die ihn im Zaum halten sollen. Das kostet 1400 Euro am Tag und erleichtert somit die Stadtkasse im Monat um 42.000 Euro. Dazu kommen selbstverständlich noch die Kosten für die „normalen“ Leistungen, die ihm als Asylbewerber zustehen.

Jetzt ist der Fall an die Öffentlichkeit gelangt, obwohl die meisten Politiker des Krefelder Stadtrats die Angelegenheit gerne unter den Teppich gekehrt hätten. Schuld daran ist eine Anfrage der parteilosen Stadträtin Ruth Brauers. Sie wollte in der vergangenen Sitzung wissen, warum die Aufsichtskosten für den Asylbewerber nicht niedriger ausfallen können.

„Wir haben hier einen absoluten Ausnahmefall, den die AfD jetzt bestimmt freudig aufnehmen wird.“

... sagt Heidi Matthias, ihres Zeichens Fraktionschefin der Grünen im Krefelder Stadtrat in einem Interview mit der [Lokalzeitung](#) zu dem Thema. Da hat Frau Matthias Recht, was das Aufnehmen betrifft. Nicht nur die AfD, auch PI-NEWS nimmt den Fall auf, von Freude darüber kann allerdings keine Rede sein.

Guter Plan?

Nachdem die Öffentlichkeit dummerweise von dem Fall erfahren hat, plant man nun die Kosten zu senken. Das soll geschehen, indem man den guten Mann nur noch zur Schlafenszeit, also von 22 bis 6 Uhr, bewacht. Falls Sie, liebe Leser, die Logik dahinter nicht erkennen können, seien Sie getröstet: Wir auch nicht. Aber vielleicht liegt der tiefere Sinn der Maßnahme darin, dass sich die Kosten dann „nur“ noch auf schlappe 12.000 Euro im Monat belaufen. Ein Schnäppchen also.

Und es kommt noch besser. CDU-Fraktionschef Philibert Reuters erklärt zur rund-um-die-Uhr-Bewachung:

„Das war unumgänglich zum Schutz und der Fürsorge für die Mitarbeiter und selbstverständlich auch für alle Bewohner der Unterkunft. Neben der bekannt aggressiven Person ist es zu anderen gleichartigen Herausforderungen mit weiteren Bewohnern gekommen“.

Wenn es dumm läuft, darf sich also der Krefelder Kämmerer Ulrich Cyprian darauf freuen, künftig auch noch für einige Gleichgesinnte des zu bewachenden Hulks aus dem Morgenland das Portmonnaie zu öffnen. Dann wird halt das Klo in der Hauptschule nicht repariert, die Schlaglöcher in der Badstraße bleiben und die Rentner sammeln auf dem Weg zur Hungertafel weiterhin fleißig Pfandflaschen aus den Abfalleimern. Hilft ja nichts.

Inzwischen fährt Seehofer mit dem Geldtransporter zu Erdogan, damit uns der nicht noch mehr Flüchtlinge aufhalst und weil wir schon dabei sind, werden wir den Griechen in Kürze ein paar zehntausend davon abnehmen. Da werden sicherlich auch einige der „Marke Krefeld“ dabei sein. Gut, dass die CO₂-Steuer kommt, sonst könnten wir das alles bald nicht mehr bezahlen.



Eugen Prinz
im Mai 2019
auf dem
Kongress der
Neuen Medien
in Berlin.

[Eugen Prinz](#) kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für [PI-NEWS](#) und den Blog [zuwanderung.net](#). Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine [Facebook-Seite](#) oder [Twitter](#).



Doku: Politischer Islam

verfolgt geheime Eroberungsstrategie

Von STEFAN SCHUBERT | Die Islam-NGO »Qatar Charity« verkauft sich öffentlich als Wohltätigkeitsorganisation, die mit bis zu 260 Millionen Euro weltweit aktiv ist. Doch nach der investigativen Recherche von französischen arte-Journalisten bleibt von der angeblichen wohltätigen Agenda der Organisation nicht mehr viel übrig. Vielmehr wird Qatar Charity als Spinne im Netz einer strategisch geplanten Islamisierung entlarvt. Ganz besonders im Visier der Eroberungspläne von Steinzeitislamisten befindet sich Westeuropa, insbesondere Italien, England, Spanien, Frankreich und Deutschland. Die sehr informative arte-Doku »Katar: Millionen für Europas Islam« sollte jeder Bürger dieses Landes gesehen haben.

Ein Whistleblower übergab den französischen Reportern einen USB-Stick über interne Unterlagen der Islam-NGO: Überweisungen, E-Mails, Protokolle, Baupläne, Spenderlisten – insgesamt umfassen die Datenmengen mehrere Tausend Dokumente. Diese rücken Qatar Charity deutlich in die islamisch-ideologische Nähe der Muslimbruderschaft.

In den Unterlagen werden 140 Projekte aufgeführt, die mit insgesamt 260 Millionen Euro finanziert werden. Die arte-Journalisten veröffentlichten eine Liste mit Spendern für die strategische Islamisierung Westeuropas, ganz vorne stehen darauf Mitglieder der Herrscherfamilie.

Die geheime Agenda der Kataris wird in einem Dokument deutlich, dort steht über den Sinn der Geldflüsse und ihre Bestrebungen »... den wichtigsten Motor zur Verbreitung der islamischen Kultur im Westen und in der Welt«.

Diese Umschreibung belegt nichts Geringeres als den lang gehegten Plan der islamischen Weltherrschaft, des Kalifats.

Katar als Terrorunterstützer und Operationsbasis von Islamisten

Katar und Qatar Charity arbeiten zu diesem Zweck offensichtlich eng mit der Muslimbruderschaft zusammen. Die radikal-islamistische Muslimbruderschaft kann Katar ganz offen als Hauptoperationsbasis nutzen und von dort aus ungehindert agieren. Dazu muss man wissen, dass es sich bei der palästinensischen Terrororganisation Hamas (arabisch für »Kampfgeist«) um einen Zweig der Muslimbruderschaft handelt.

Eines der Ziele der Hamas besteht darin, den Staat Israel mit militärischen Mitteln zu beseitigen und an seiner Stelle einen islamischen Gottesstaat zu errichten. Um das zu erreichen, verübte der militärische Arm der Hamas unzählige Terroranschläge und Selbstmordattentate gegen israelische Zivilisten und Soldaten. Folglich wird die Hamas von den USA, der EU, Israel und selbst von anderen arabisch-muslimischen Staaten juristisch als terroristische Vereinigung eingestuft. In der Gründungscharta der Hamas steht in Artikel 8: »Allah ist ihr Ziel, der Prophet ihr Vorbild, der Koran ihre Verfassung, der Dschihad ihr Weg und der Tod für Gott ihr hehrster Wunsch.« Und der Vorsitzende des Hamas-Politikbüros, Chalid Maschal, residiert seit 2012 in Katar. In Ausführungen des Bundesamtes für Verfassungsschutz steht über die ideologische Ausrichtung der Muslimbrüder und ihrer weitverzweigten Tarnvereine und Organisationen, dass diese »islamische Rechtsgutachten erlässt, die als Richtlinie für das Leben von Muslimen in Europa gelten soll«.

Also Scharia statt Grundgesetz. Dazu zielt die Ausrichtung der Muslimbrüder darauf ab, »eine ablehnende Haltung gegenüber westlichen Werten zu verstärken und eine Distanz zur Demokratie zu fördern«. Die nächste Einschätzung des Inlandsgeheimdienstes birgt so viel Brisanz, dass es eigentlich ausreichen müsste, jeden »Islam-gehört-zu-Deutschland« Gutmenschen aus der grün-rosafarbenen Seifenblase zu zerren: »Mit ihren Bemühungen zur Schaffung eines

gesellschaftlichen und politischen Systems auf Grundlage der Scharia verstößt sie gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung« so der deutsche Inlandsgeheimdienst.

Katar, Muslimbrüder, Bayern München, Siemens und Angela Merkel

Unter den islamischen Wegbereitern der Ölmilliardäre aus Katar befinden sich auch so illustre Institutionen und Personen wie [Bayern München](#), die FIFA, Angela Merkel und ein beträchtlicher Teil der [deutschen Wirtschaftselite](#). So schreckten unter Korruptionsverdacht stehende FIFA-Funktionäre trotz all dieser öffentlich zugänglichen Beschuldigungen nicht davor zurück, Katar zum Austragungsort der Fußballweltmeisterschaft 2022 zu bestimmen. Obendrein setzten die Kataris bei der FIFA sogar durch, die WM erstmalig in die christliche Weihnachtszeit zu verlegen (21. November – 18. Dezember).

Die Komplizenschaft deutscher Eliten und das Ausmaß von Katars geheimen Plänen in Deutschland enthüllt der Autor in dem gerade erschienenen Buch [Sicherheitsrisiko Islam: Kriminalität, Gewalt und Terror – Wie der Islam unser Land bedroht](#).

Die Ideologie der Muslimbrüder verbreitet Hass und führt zum Terrorismus

Anwar Gargash, Staatsminister der Vereinigten Arabischen Emirate, bezichtigt Katar in der Dokumentation weiterhin, die Muslimbruderschaft (MB) und weitere dschihadistische Gruppen mit immensen Summen zu unterstützen. Und hinter dem gerade auch von westlichen Medien gefeierten Arabischen Frühling steckt an entscheidenden Schalthebeln die Muslimbruderschaft, die die Unzufriedenheit in der arabischen Welt, wie in Ägypten, zur islamistischen Machtergreifung zu nutzen versuchte.

Europaweit werden Moscheen und Islamzentren mit Geldern aus Katar erbaut, deren Betreiber und öffentliche Vertreter entweder direkt der Muslimbruderschaft oder deren Ideologie

zugerechnet werden. Ganz offen propagieren Muslimbrüder, wie deren Ideologe Sayyid Qutb, auch den bewaffneten Kampf zur Erringung einer islamischen Diktatur. Seine Schriften gelten zudem als ideologischer Unterbau von Terrorgruppen wie al-Qaida.

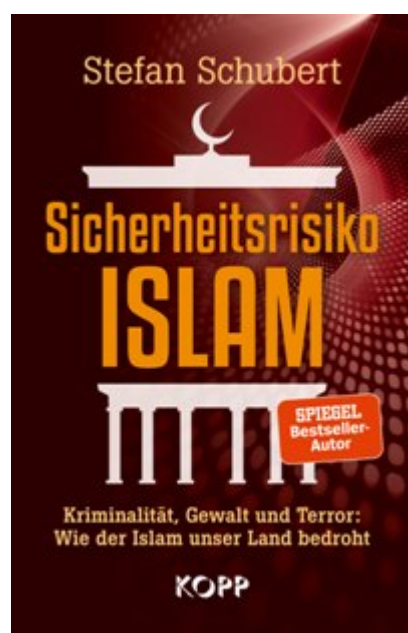
Anstatt dass nun deutsche Politiker unser Land, die freiheitlich-demokratische Grundordnung und die Bürger vor diesen Radikalen schützen, überlassen sie ihnen sogar noch knapp gewordene Baugrundstücke, um weitere Moscheen – laut Erdoğan »Islam-Kasernen« – zu errichten. Neben Katar gilt Recep Tayyip Erdoğan als einer der größten Förderer der Muslimbruderschaft.

Die Netzwerke der Muslimbrüder in Westeuropa werden immer durchdringender und ihre Projekte immer zahlreicher. In den geheimen Dokumenten finden sich unzählige aktuelle Projekte, die durch die Millionenbeträge der Kataris parallel vorangetrieben werden: Royal Park London, Swansea, Sheffield, Jersey, Mülhausen, Straßburg, Lille, Berlin, Luxemburg, Lugano, Mailand, Sizilien, Schweiz, Belgien, die bayerische Ortschaft Penzberg und München. In vielen Fällen führen die Recherchen zur Ideologie der Muslimbrüder und den katarischen Millionen.

Die Unterlagen belegen die konzentrierte Islamisierung durch die Kataris und die Muslimbruderschaft sowie durch ihnen nahestehende Islamideologen. Sie gehen dabei strategisch geschickt vor und die in der Doku Interviewten tragen gutsitzende Anzüge, sind rhetorisch geschult und lassen selbst massivste Vorwürfe durch einstudierte Phrasen an sich abperlen. Auf die Frage »Sind Sie ein Muslimbruder?« antworten die Wölfe im Schafspelz unisono: »Alle Muslime sind Brüder...« Es wird zudem deutlich, wie die Muslimbruderschaft mithilfe der katarischen Millionen ganz gezielt die muslimische Masseneinwanderung für ihre Eroberungspläne einsetzt.

»Die nächste Eroberung wird durch Predigt erfolgen«

Erschreckend bei der Doku ist, in welchen Kriegsmetaphern die Islamisten denken und handeln: »Ein Hadith sagt, dass der Islam Rom und somit Italien erobern soll. [...] Die Eroberung Roms, die man als Eroberung Europas sehen könnte, ist die Rückkehr des Islam nach Europa. [...] Die nächste Eroberung wird durch Predigt erfolgen. Die Muslime müssen sich in Schlachtordnung bringen, um diese Welt zu erobern.« Diese Worte spricht einer der Chefideologen der Muslimbruderschaft, Yusuf al-Qaradawi, ganz offen in die Kamera (Minute 29:00). Er besitzt die katarische Staatsbürgerschaft, und auch der TV-Sender Al Jazeera hat seinen Sitz in Doha. Laut kritischen Beobachtern dient Al Jazeera als Propagandainstrument der MB und damit als entscheidendes Werkzeug zur islamischen Radikalisierung des gesamten arabischen Raumes.



Al-Qaradawi verfügt bei Al Jazeera sogar über eine eigene Fernsehsendung, Die Scharia und das Leben. Seit über 15 Jahren gibt der Hassprediger wöchentlich über 60 Millionen Zuschauern Empfehlungen und erteilt Fatwas. So hat er eine Fatwa erlassen, wonach es muslimischen Selbstmordattentäterinnen gestattet sei, das Kopftuch abzulegen, um sich unentdeckt unter israelische Zivilisten mischen zu können und dort eine Bombe zu zünden. Den Holocaust bezeichnet al-Qaradawi als eine gerechte Strafe der Juden für deren

Verderbtheit. Ab Minute 24:00 wird die menschenfeindliche Ideologie der radikal-islamischen Muslimbruderschaft durch Aussagen von al-Qaradawi dokumentiert: Frauen dürfen demnach laut dem Koran geschlagen werden und Homosexuelle sollen von Dächern geworfen oder geopfert werden. Der muslimische Juden Hass wird ab Minute 24:55 belegt: »Im Laufe der Geschichte hat Allah die Juden für ihre Korruption bestraft. Die letzte Bestrafung wurde von Hitler ausgeführt.«

Yusuf al-Qaradawi lebt als hochangesehener Mann in der katarischen Hauptstadt Doha und wird von vielen sunnitischen Islam-Organisationen verehrt. Er steht zudem der Herrscherfamilie sehr nahe, den Al Thani, deren Mitglieder sich regelmäßig mit ihm öffentlich zeigen und filmen lassen. Mit diesem Islamisten-Regime in Katar machen Bayern München, die FIFA und deutsche Weltkonzerne wie Siemens Geschäfte, und die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel rollt solchen Leuten auch noch den roten Teppich aus.

» Stefan Schubert: [Sicherheitsrisiko Islam](#), 318 Seiten, 22,99 Euro – [hier](#) bestellen!

Dieser Beitrag ist zuerst bei [KOPP Report](#) erschienen.



Seehofer: Können nicht verhindern, dass die anderen 75% auch kommen

Von EUGEN PRINZ | Eine sichtlich erschütterte Beatrix von Storch nimmt unmittelbar nach dem Ende der Sitzung des Bundestagsinnenausschusses mit ihrem Handy eine Videobotschaft auf, die sie anschließend [über den Kurznachrichtendienst Twitter verbreitet](#).

Alles auf nach Deutschland!

Empört berichtet die stellvertretende Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion über das, was Horst Seehofer in seiner Anhörung bezüglich der Zusage an Italien, künftig 25% aller „Bootsflüchtlinge“ aufzunehmen, gerade von sich gegeben hat:

„Ja, wir können nicht verhindern, dass die anderen 75% auf dem Weg der Binnenmigration auch noch kommen. Wie auch? Wir haben ja keine nationalen Grenzkontrollen.“

Was das heißt, ist klar: Alles auf nach Deutschland! Mit dieser Aussage des deutschen Innenministers, die sich auch in Afrika verbreiten wird, wie ein Lauffeuer, ist die nächste Flüchtlingsflut übers Mittelmeer garantiert.

Und diese Aussage kommt ausgerechnet von demjenigen, der einmal in einem lichten Moment von einer „Herrschaft des Unrechts“ gesprochen hat. Und nun ist er plötzlich zu ihrer Speerspitze mutiert. Was hat man in Berlin mit Seehofer gemacht? Der leidgeprüfte Bürger ist ja in dieser Hinsicht einiges vom „Drehhofer“ gewohnt, aber diese Wende schlägt alles, was sich der ehemalige CSU-Vorsitzende bisher auf diesem Gebiet geleistet hat.

Und es kommt noch besser:

„Grundlage der Sicherheitsüberprüfung vor Ort sind die Angaben der Bootsflüchtlinge,, erfahren die staunenden Ausschussmitglieder vom Innenminister. „Die haben ja meistens ihre Pässe verloren“, so Seehofer weiter.

„Und dann entscheiden wir, ob sie ein IS-Terrorist sind, oder nicht. Und wenn sie die Frage verneinen, dann kommen sie rein.“

Angesichts dieser Aussagen könnte man zur Überzeugung gelangen, dass es sich die Bundesregierung nun endgültig zum Ziel gesetzt hat, die einheimische Bevölkerung ans Messer zu

liefern. Erst kürzlich wurde bekannt, dass unter den Bootsflüchtlingen auch mutmaßliche [Mörder, Vergewaltiger und Folterknechte](#) sind. Man mag sich gar nicht ausmalen, wie viele „faule Eier“ wir uns als Folge solcher „Überprüfungen“, die diese Bezeichnung nicht einmal ansatzweise verdienen, sondern sie geradezu verhöhnern, einfangen werden. Den Blutzoll dafür wird wie gewohnt die einheimische Bevölkerung bezahlen.

In Teilen Deutschlands bereits unerträgliche Zustände

Genügen die unerträglichen Zustände, unter denen Teile der Deutschen schon jetzt leben müssen, noch nicht? Die [Vorfälle im Düsseldorfer Rheinbad](#) Ende Juni und auch die Verhältnisse in den no-go-areas zeigen, dass Zuwanderer innerhalb kürzester Zeit in der Lage sind, als geschlossene Einheit zu agieren. Was wird erst auf uns zukommen, wenn im Zuge einer Rezession und der damit verbundenen unausweichlichen Leistungskürzungen unter den Zuwanderern Unzufriedenheit und Wut herrschen? Dass angesichts der ungelösten Integrationsproblematik und dem Verhalten vieler „Neubürger“ weiterhin ungebremst überwiegend junge Männer aus gewaltaffinen Kulturkreisen ins Land gelassen werden, grenzt schon an Mittäterschaft bei den Straftaten, die Teile von ihnen später hier begehen werden.



Seehofer teilt sich inzwischen mit Thomas de Maizière den zweifelhaften Ruf des übelsten Innenministers, den dieses Land je hatte. Mehr noch, solche Innenminister stellen eine Gefahr für das Land dar und verhöhnern das Wort vom „Verfassungsminister“.



Eugen Prinz
im Mai 2019
auf dem
Kongress der
Neuen Medien
in Berlin.

[Eugen Prinz](#) kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für [PI-NEWS](#) und den Blog [zuwanderung.net](#). Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine [Facebook-Seite](#) oder [Twitter](#).



**Wie ein voll-integrierter
Libanese die deutschen**

Kartoffeln abzockte

Von BEOBACHTER | Der Prozess vor dem Hildesheimer Landgericht gegen den 46-jährigen „Deutsch“-Libanesen Mohamed Abou-Taam zeigt, wie die Asylindustrie im Geld der Steuerzahler badete und dies wohl immer noch tut. Gute Gelegenheit, die deutschen Kartoffeln mal so richtig abzuzocken.

Der Ex-Geschäftsführer des Arbeiter-Samariter-Bundes aus Niedersachsen hatte sich von Ministerpräsident Stephan Weil 2015 für die „Flüchtlingsarbeit“ verdienstvoll auf die Schulter klopfen lassen ([PI-NEWS berichtete](#)), sich später 3,6 Millionen Euro in die Koffer gestopft und den [Mammon zu seiner Geliebten](#) nach Beirut geflogen. Bingo!

Behörden spielen Flüchtlingsgeld-Monopoly

Jahreswechsel 2015/2016. Die Kanzlerin hatte zur Party geladen. Wer nicht Bärchen wirft, ist Nazi. Die Behörden spielen Monopoly: Der niedersächsische Rechnungshof spricht später von einem „nur bedingt möglichen geordneten Verwaltungshandeln“. Steuergeld spielt da keine Rolle. ASB-Geschäftsführer Abou-Taam und vier Komplizen sitzen auf der Schlossallee und wittern die große Kohle. Sie fingieren Rechnungen und betrügen, was das Zeug hält, lässt sich der Anklage entziehen. Nach außen hin immer getreu dem Motto der Hilfsorganisation: „Der ASB verfolgt selbstlos, ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke.“

Erst im Februar 2019 fliegt der Superbetrug auf. Den Behörden war immerhin aufgefallen, dass die niedersächsischen Hilfsorganisationen rund [20 Millionen Euro Überschuss](#) aus dem finanziellen Overkill hatten, der ASB aber nur 700.000 Euro. Da war es bereits zu spät:

- Rund 10 Millionen gingen sprichwörtlich beim ASB über den Deister, wie man im Hannöverschen zu sagen pflegt. Sie sind verschwunden, offensichtlich in den Taschen der

Beschuldigten, zwei ASBlern, einem Security-Unternehmer und dessen Steuerberater im Alter von 36 bis 45 Jahren.

- 8,1 Millionen ließ sich der voll integrierte Deutsch-Libanese aus Hildesheim auf ein privates Konto bei einer regionalen Volksbank überweisen.
- 3,6 Milliönchen davon flatterten der Liebe wegen zur 33-jährigen Yolante in den Libanon und bleiben vorerst in der Syrte verschollen.

Klaviertransport aus Flüchtlingsgeldern

- Weils so schön war, hatte sich Abou-Taam auch gleich einen Klavierflügel aus einer Harzer Flüchtlingsunterkunft ins traute Hildesheimer Heim schaffen lassen, später zur Reparatur zum Fachmann transportieren und wieder retour. Die Transportkosten stellte der Musikliebhaber dem deutschen Blödmichel in Rechnung. Plus die Kosten für eine neue Küche. Man gönnt sich ja sonst nichts.
- Auch seine Komplizen ließen sich nicht lumpen. Bei einem stellte die Polizei als „Beifang“ massenhaft kinderpornografisches Material sicher. Über die übrigen Verfehlungen verhandelt das Hildesheimer Landgericht noch in getrennten Verfahren.

Abou-Taam hat jetzt die Ereigniskarte gezogen: „Gehe in das Gefängnis. Begib Dich direkt dorthin. Gehe nicht über Los“. Er sitzt seit Februar in U-Haft: Fluchtgefahr in den Libanon! Dabei ist es in Deutschland doch so schön. Am Freitag zum Prozessauftritt saß er bedrückt auf der Anklagebank und leidet laut Bildzeitung unter schweren Depressionen...



Rosenheim wird doch (noch) nicht „geflutet“

Von EUGEN PRINZ | „Haimh liebe Uschie, guten Morgen, ich mach das jetzt auf diesem Weg. Also... ähnm, ich bin jetzt gerade am Durchinformieren...(sic)“ beginnt eine von einer unbekanntenen weiblichen Person vorgetragene, über drei Minuten lange [Sprachnachricht](#), die sich seit Tagen durch die sozialen Netzwerke frisst.

Mit ihr wird die Kunde verbreitet, dass Rosenheim gerade von „Schwarzen“, die über die Balkanroute kommen, „geflutet“ wird.

Es folgen präzise Quellenangaben:

„Ich habe von `ner Freundin aus, einer sehr guten Facebook-Freundin, mit der ich sehr guten Kontakt habe und wir haben uns auch schon ein paarmal besucht, haben uns auch schon so getroffen, die sind auch zu uns an... in... an der Ost..., an der Ostsee in den Wohnwagen gekommen und haben uns dort besucht und waren auch schon hier in Bodenwerda, weil die auch aus Detmold stammen, aber da oben leben und in Dänemark arbeiten und die hat den, den Bruder ihres Mannes, also ihren Schwager in Rosenheim leben. (Tiefes Luft holen) DIE hat heute morgen schon eine Sprachnachricht geschickt und hat gewarnt, weil sie gestern Abend eine Nachricht gekriecht hat, von ihrem Schwager, dass dort Rosenheim gerade geflutet wird. (sic)“

Nachdem diese Sprachnachricht viral ging und der gegenwärtigen

Bundesregierung leider alles zuzutrauen ist, hat PI-NEWS in Rosenheim eigene Recherchen durchgeführt.

Polizei beschwichtigt: Alles wie immer

Die Auskunft der Pressestelle der Bundespolizei war eindeutig: Weder bei den illegalen Einreisen, noch bei den Asylanträgen ist ein erhöhtes Aufkommen festzustellen. Da das Vertrauen in die Auskünfte der Polizei leider nicht mehr ganz so groß ist, wie es schon mal war, hat PI-NEWS weitere Recherchen durchgeführt.

Eine stichprobenartige Umfrage in Geschäften und Lokalen in der Innenstadt und am Bahnhof von Rosenheim führte zum gleichen Ergebnis: In Rosenheim läuft derzeit alles so, wie es immer läuft. Das soll nicht heißen, dass es wenige sind, die kommen, sondern nur, dass es nicht mehr sind, als sonst auch.

Besser PI-NEWS prüft als correctiv.org

Solche „Fake-News“ sind natürlich ein gefundenes Fressen für Plattformen wie [correctiv.org](https://www.correctiv.org), deren Ziel es ist, Zuwanderungskritiker als Lügner bloß zu stellen und unglaubwürdig zu machen.

Es ist daher der bessere Weg, bei Ereignissen von herausgehobener Bedeutung die Redaktion von PI-NEWS (info@pi-news.net) zu informieren, statt ungesicherte Informationen zu verbreiten. Wir werden dann der Sache nachgehen und gegebenenfalls berichten.

Abschließend noch die Prognose, dass diese Richtigstellung im Gegensatz zur Falschmeldung nicht viral gehen wird.



Eugen Prinz
im Mai 2019
auf dem
Kongress der
Neuen Medien
in Berlin.

[Eugen Prinz](#) kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für [PI-NEWS](#) und den Blog [zuwanderung.net](#). Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine [Facebook-Seite](#) oder [Twitter](#).



**„Il Giornale“: Rackete
brachte brutale Gewalttäter**

nach Europa

Von EUGEN PRINZ | Der ehemalige österreichische Bundeskanzler Kurz teilte vor einigen Tagen der Öffentlichkeit mit, es würde sich „[etwas zusammenbrauen](#)„. Er bezog sich dabei auf die Tatsache, dass Italien seine Häfen für die NGO-Schlepperboote wieder geöffnet hat und gegenwärtig über einen festen Mechanismus zur Verteilung der Mittelmeerflüchtlinge verhandelt wird.

Diese neue Sachlage wird sich zweifellos in Eritrea, Nigeria und Somalia schneller herumsprechen als in Augsburg, Erfurt oder Lübeck. Dann geht es wieder los mit dem Shuttle-Fährverkehr zwischen Afrika und Europa. Dank Guiseppe Conte und Horst Seehofer wird dann in Kürze das Flüchtlings-Rinnsal wieder zu einem reißender Strom anwachsen, in dem natürlich auch wieder mehr Menschen ertrinken.

Auch Gewaltverbrecher in den Flüchtlingsbooten

Zudem besteht kaum ein Zweifel daran, dass unter den „armen Bootsflüchtlingen“ auch Gewaltverbrecher sind, die nach ihrer „Rettung“ auf die hilflose Bevölkerung losgelassen werden und mit deren Blut den europäischen Boden tränken.

Die italienische Zeitung [il Giornale berichtet](#), dass bei der letzten „Lieferung“ von Carola Rackete, als sie entgegen des ausdrücklichen Verbots der italienischen Regierung im Hafen von Lampedusa anlegte, unter den 52 vor der libyschen Küste an Bord genommenen Bootsflüchtlingen drei brutale Gewalttäter gewesen sein sollen. Ihnen wird denen Mord, Folterung und Vergewaltigung in einem libyschen Flüchtlingslager vorgeworfen.

Es ist bekannt, dass die Verdächtigen am 29. Juni in Lampedusa angekommen sind. Das ist der Tag, an dem auch Rackete mit ihrer „Sea Watch 3“ dort anlegte. Den Informationen von il Giornale zufolge sollen die mutmaßlichen Gewaltverbrecher

ebenfalls auf dem Schiff gewesen sein.

Das Trio, Mohammed C. (27) aus Guinea, sowie die beiden Ägypter Hameda A. (26) und Mahmoud A. (24) – die vollen Namen finden Sie in dem [Bericht von il Gournale](#) – wurde offenbar von Migranten, die später mit dem italienischen Rettungsschiff „Alex“ angekommen waren, als ihre Peiniger wiedererkannt. Zu deren Foltermethoden in einem libyschen Flüchtlingslager gehörten brutale Schläge, Gewehrschüsse und Elektroschocks. Laut il Gournale wird einem der mutmaßlichen Verbrecher sogar ein Mord vorgeworfen. Der ehemalige italienische Innenminister Matteo Salvini spricht auch von Vergewaltigung.

Sea-Watch-Sprecher Ruben Neugebauer dazu:

„Wir können das nicht ausschließen, haben aber selbst keine gesicherten Informationen dazu. Wir können nicht scannen, wer die Leute sind. Die kommen ohne Pässe.“

Auch der ehemalige italienische Innenminister Matteo Salvini hat dazu eine Meinung:

“ (...) Am 29. Juni hat die Sea Watch3 von Carola Rackete in Italien drei Einwanderer entladen, denen Gewalt, Vergewaltigung, Entführung und Mord vorgeworfen wird. PD-Abgeordnete waren an Bord gegangen, um die Landung aller Einwanderer zu fordern, einschließlich derer, die jetzt im Verdacht stehen, grausame Verbrecher zu sein. „

Kommentar:

Bei den so genannten „Seenotrettern“ offenbart sich ein Maß an Geltungsbedürfnis und Gleichgültigkeit gegenüber dem Sicherheitsbedürfnis der Aufnahmegesellschaft, das seinesgleichen sucht. Der größte Teil der Bootsflüchtlinge besteht aus jungen Männern. Nicht wenige von ihnen werden nach ihrer Rettung die Kriminalstatistiken europäischer Länder bereichern, manche mit schweren Gewalttaten. Die europäische Union hat genügend eigene Gewaltverbrecher. Wir müssen wahrlich nicht auch noch welche aus Afrika und anderswo importieren. Alle aufgelesenen Bootsflüchtlinge sollten zunächst außerhalb der EU untergebracht werden, wo ihre Identität und ihr Asylanspruch geprüft wird. Nur wer diese Prüfung zweifelsfrei besteht und KEINE Gefahr darstellt, findet Aufnahme. Hätten wir eine vernünftige Regierung, wäre das eine Selbstverständlichkeit. Und zu Carola Rackete, die den Habitus einer verzogenen Göre aus reichem Haus wie eine Monstranz vor sich her trägt, schreibe ich besser nichts.



Eugen Prinz
im Mai 2019
auf dem
Kongress der
Neuen Medien
in Berlin.

[Eugen Prinz](#) kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für [PI-NEWS](#) und den Blog [zuwanderung.net](#). Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine [Facebook-Seite](#) oder [Twitter](#).



Was tun wir bei der nächsten Invasion?

Von GEORG | 2015 haben wir gar nichts getan. Faul und feige haben wir zugeguckt, wie eine Million arabische Glücksritter nach Deutschland einmarschierten. Das darf sich nicht wiederholen! Was werden wir also konkret tun, wenn das Regime in Berlin die nächsten Massen von Eindringlingen nach Deutschland holt?

Im Rückblick fragt sich so mancher: Hätten wir Deutsche nicht 2015 wenigstens irgendetwas tun sollen? Hätten wir nicht wenigstens in allerbescheidenster Form eine Art Mini-Gelbwestenaufstand auf die Beine stellen, wenigstens ein klitzekleines Minimum an zivilem Ungehorsam zeigen sollen? Hätten wir in dieser Ausnahmesituation, in der der Staat willkürlich geltendes Recht brach, nicht ebenfalls das Recht gehabt, geltendes Recht zu brechen: „Wo Recht zu Unrecht wird,

wird Widerstand zur Pflicht“?

Hätten nicht auch wir das Recht gehabt, ja sogar die staatsbürgerliche Pflicht, aus Protest gegen diese infame staatliche Willkür Autobahnen, Straßenkreuzungen, Bahntrassen zu blockieren, also Protesformen zu wählen, die die Pennäler von FFF derzeit bei jeder Gelegenheit zu Stande bringen? Hätten nicht auch wir das Recht gehabt, wie in Frankreich wenigstens symbolisch, ein paar Rathäuser zu stürmen und Gerichte und Ausländerämter, all diese Brutkammern der Umvolkungspolitik, und die Gemeindehäuser der Pfarreien, wo die Pfarrer als Drahtzieher der Muslimisierung den Verrat an ihren eigenen Gemeinden planen, organisieren und in die Tat umsetzen?

Hätten nicht auch wir das Recht gehabt, mit kreativen künstlerischen Aktionen so zwielichtigen Konsortien wie Caritas und Diakonie, den wichtigsten Handlangern der Umvolkungspolitik, zu zeigen, wo der Hammer hängt? Ökokommunistische Aktivisten im Hambacher Forst, beim G20-Gipfel in Hamburg, bei Extinction Rebellion haben nicht die geringsten Hemmungen, sich für ihre Sache ins Zeug zu legen, und wir? Bedeutet bürgerliches Dasein wirklich, dass wir immer nur brav und lieb, duldsam wie die Schafe, mit gesenktem Kopf durch unser Leben laufen müssen, selbst wenn uns die anderen ständig mit Anlauf ins Gesicht treten?

Aber wir haben 2015 solche Fragen nicht einmal im Ansatz debattiert. Nein, wir Deutsche saßen damals alle träge auf dem Sofa, die Büchse Bier in der Hand, die Tüte Popcorn im Schoß, und haben im Fernsehen zugeguckt, wie die Herrschaft des Unrechts über uns hereinbrach. Die Quittung für diese Feigheit haben wir bekommen: vergewaltigte deutsche Frauen, deutsche Leichen auf der Straße, die Zerstörung unseres Sicherheitsgefühls in Deutschland für alle Zeit und rund 100 Milliarden Euro jedes Jahr, die wir blechen müssen, um diese nach Deutschland eingedrungenen ausländischen Vagabunden durchzufüttern. Keine andere Generation der letzten über 1000

Jahre deutscher Geschichte hat sich so feige, so erbärmlich, so unmännlich verhalten wie unsere! Schande über uns alle!

Und die nächste Invasion rollt bereits heran. Die Zahl der Eindringlinge über die Ägäis nimmt seit Wochen wieder stetig zu. Den arabischen Menschenhändlern in Afrika hat Seehofer gerade erst einen [Freifahrtschein ausgestellt](#), damit deren Kunden ihr Reiseziel Deutschland und die von unserem Geld bezahlten Futtertröge auch garantiert erreichen. Das Regime schläft nicht, sondern nutzt jede neue Gelegenheit. Dieser widerliche, verlogene, rechtsbrüchige Staat arbeitet mit allen Mitteln bereits an der nächsten Invasion, während wir noch in aller Bequemlichkeit darauf vertrauen, dass es die AfD in den Parlamenten schon irgendwie richten wird. Die AfD wird gar nichts richten, sie wird nur reden können, aber keinen einzigen Eindringling verhindern!

Auch bei der nächsten Invasion liegt es deshalb nur an uns selbst. Was also werden wir tun? Wie beim letzten Mal auf dem Sofa hocken? Wieder zugucken, die Büchse Bier im Schoß, wie das nächste Heer dieser Typen nach Deutschland einmarschiert? Einmal Fahnenflucht, immer Fahnenflucht?

Diese Frage – was tun wir beim nächsten Mal? – ist keine rhetorische Frage. Diese Frage ist eine ganz konkrete Frage, die sich jeder einzelne hier und jetzt stellen sollte: Was tue ich selbst, wenn diese Bilder wieder über den Bildschirm flackern? Die nächste Tüte Popcorn öffnen oder zur sprichwörtlichen Mistgabel greifen, um endlich selbst Hand anzulegen, wenn es darum geht, den Stall des Augias zu säubern? Und steht diese Mistgabel bereits im Keller, oder muss ich dann, wenn Spontantität und schnelles, koordiniertes Handeln gefragt sind, erst zu Obi fahren? Und wer kommt sonst noch mit in den Stall des Augias? Schaffe ich das allein, oder sollte ich mich nicht schon jetzt um die nötige verschworene Gemeinschaft kümmern, denn allein steht man bekanntlich auf verlorenem Posten? Was sonst noch muss ich schon heute tun, was sonst noch muss ich schon heute vorbereiten, damit sich

die Schande von 2015 nicht wiederholt?

Die nächste Invasion wird kommen. Nutzen wir die Zeit, uns darauf vorzubereiten.



Eritreer können nicht anders

Von CHEVROLET | Menschen, die denken, sind in diesem Land gleich Staatsfeinde, Nazis und das übliche an Schimpfworten. Wer nicht die Goldstücke bejubelte, sondern kritisch hinterfragte, war direkt ein Rechter Hetzer, und wer nicht Greta Thunberg anbetet, ist es auch.

Selbst denken steht im Deutschland von Angela Merkel im Jahr 2019 nicht hoch im Kurs. Politik und Regierung und natürlich die linientreuen Medien sagen, was „wir wissen“ und „wir nicht wissen“, sagen, was gut und was schlecht ist.

Beispiel gefällig? Das lieferte unlängst mal wieder der „deutsche Auslandssender“ Deutsche Welle, der direkt von der Bundesregierung finanziert wird und von dem deshalb keinerlei Objektivität zu erwarten ist.

Anlass dafür war, dass in Norwegen und der Schweiz [\(PI-NEWS berichtete\)](#) vor dem ach so brutalen eritreischen Regime geflüchtete junge Männer fröhlich mit dem bösen eritreischen Außenminister ausgelassen feierten. Gleiches wurde aus Norwegen berichtet, und in Schweizer Medien, die ja

bekanntermaßen deutlich objektiver berichten als deutsche Medien, war zu lesen, dass Eritreer auch gerne mal in die Ferien in die böse Heimat fliegen, ganz wie zahlreiche Syrer, die die [Strände von Latakia](#) besuchen oder in Damaskus Party machen.

Was man über „Flüchtlinge aus Eritrea“ zu denken hat, [liest sich dann so](#): Da wird zunächst einmal ein „Experte“ aufgefahren, der, weil er vor 34 Jahren von Eritrea flüchtete, es ja wissen muss. Kessete Awt, so heißt er, arbeitet beim BAMF als Dolmetscher und er höre jeden Tag erschütternde Geschichten seiner Landsleute über Leben und Flucht.

Die Menschen seien verzweifelt und hätten Angst vor dem diktatorischen Regime Eritreas:

„Junge Männer werden lebenslänglich zum Militärdienst verpflichtet. Sie haben keine Zukunft und fliehen deshalb.“ Asylbewerber aus Eritrea seien keine Wirtschaftsflüchtlinge, betont er. „Niemand würde diese Tortur aus wirtschaftlichen Gründen auf sich nehmen.“ Immer wieder werden Menschen auf der Flucht erschossen oder entführt, vor allem im Transitland Libyen sei die Menschenrechtslage katastrophal. Es geht darum: „Entweder in Eritrea bleiben und sterben oder anderswo ein Stück Leben erhaschen“, so Kessete Awet.

Menschenrechtsorganisationen bestätigen die Notlage: „Eritrea gehört zu den repressivsten Ländern der Welt. Die Hoffnung auf Reformen nach dem Friedensschluss mit Äthiopien sind zerschlagen worden“, sagt Laetitia Bader, Eritrea-Expertin bei der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) in Rom. „Politisch Verfolgte landen in schrecklichen Gefangenenlagern, isoliert von ihren Familien“, so Bader. „Das ganze System basiert auf Kontrolle der Bevölkerung. Dabei ist der Militärdienst das wirksamste Mittel der Unterdrückung.“ In Eritrea würden große Teile der Bevölkerung zu Wehr- und Arbeitsdiensten eingezogen – und das für unbestimmte Zeit. Für junge Menschen sei das der Hauptgrund

für eine Flucht ins Ausland.

Doch aktuelle Medienberichte nähren Zweifel an den Beweggründen für die Flucht einiger Eritreer. Vor allem ein Fall aus Norwegen sorgte zuletzt international für Aufsehen. Dort war Bildmaterial aufgetaucht, das Angehörige der eritreischen Gemeinschaft in Oslo bei einer Feierlichkeit mit Vertretern des Afewerki-Regimes zeigt. Besonders pikant: Der Anlass der Feier war das 25-jährige Bestehen genau jener Wehrpflicht, die viele Eritreer als Beweggrund für ihre Flucht angeben. Grund genug für die norwegische Regierung, nun die positiven Asylbescheide in 150 Fällen neu zu überprüfen.

Und dass die jungen Herren aus Eritrea fröhlich und ausgelassen Party machen mit Vertretern des Regimes ist verständlich und nicht weiter beachtenswert:

„Die Regierung in Eritrea hat einen langen Arm der Kontrolle, auch im Ausland“, sagt Bader zu den Vorfällen. So könnten sich Flüchtlinge etwa aus Angst vor Vergeltung gegen ihre Familien in der Heimat zum Kontakt mit der eritreischen Regierung genötigt fühlen. Kessete Awet bestätigt, dass auch in Deutschland viele Eritreer in Angst vor dem Regime leben. Von Vorfällen wie in Norwegen habe er aber hierzulande noch nicht gehört. Wer sich, wie in Norwegen, in der Nähe des Regimes zeige, könnte laut Awet auch von Eritrea zu Propagandazwecken „gekauft“ sein. „Das ist aber keine nennenswerte Anzahl der Flüchtlinge und steht nicht für die Mehrheit“, sagt er.

Und Schuld sind es natürlich wieder die Deutschen:

„Die Praxis des Schutzes in Deutschland sorgt dafür, dass Flüchtlinge dem eritreischen System gerade zugetrieben werden“, so der Leiter des Vereins Rudi Friedrich im DW-Interview. Weil die deutschen Behörden eritreischen

Geflüchteten häufig Asyl aus humanitären, nicht aber aus politischen Gründen gewähren würden, seien die Eritreer auf die Zusammenarbeit mit ihrer Regierung angewiesen. „Sie erhalten keinen Flüchtlingspass und müssen sich einen Pass beim eritreischen Konsulat in Deutschland ausstellen lassen“, so Friedrich. Dafür werde den Flüchtlingen häufig ein Reue-Bekennnis abverlangt, gleichzeitig fordere das Konsulat eine zweiprozentige Diaspora-Steuer von eritreischen Staatsbürgern im Ausland. „So werden die Flüchtlinge praktisch unter Druck gesetzt, sich gegenüber ihrem Regime gut zu verhalten und das Regime behält den Zugriff auf die eigenen Staatsbürger im Ausland.“

Merke: Eritreer lassen sich in Deutschland durchfüttern, aber feiern Parties mit Vertretern der Regierung, vor der sie geflüchtet sind. Das ist normal. Und natürlich nicht anders möglich, weil Deutschland nicht absolut jeden Eritreer als Flüchtling anerkennt, sondern nur schlaaffe 72 Prozent.



Muslimische Masseneinwanderung – der Untergang der alten Ordnung

Von STEFAN SCHUBERT | Die politisch-mediale Elite hat sich mit ihren pseudomoralischen Ansprüchen neben der AfD, US-Präsident

Trump und den »Klimaleugnern« einen weiteren Sündenbock auserkoren. Es handelt sich hierbei um die deutschen Sicherheitskräfte, gegen die bei jeder Gelegenheit gewettert wird.

Jegliche Wehrhaftigkeit wurde und wird durch dieselben Protagonisten verteufelt oder per se als »rechts« gebrandmarkt, dem mit Abstand schwerwiegendsten Vorwurf unserer Zeit. Der Hang zur linken Selbstaufgabe zeigt sich schon in der öffentlichen Berichterstattung. Nicht selten ist hier nach konsequenten Polizeieinsätzen von »Polizeigewalt« die Rede.

Doch wenn die Polizei nicht mehr wehrhaft ist, und die Bundeswehr nicht mehr in der Lage ist, einen Krieg zu führen, ist der gesellschaftliche Niedergang nicht mehr weit. Denn wie soll der Schutz der Bevölkerung gewährleistet werden, wenn unsere Sicherheitsbeamten ihrem Auftrag nicht mehr nachkommen können, ohne Repressalien, Diffamierungen oder Anzeigen befürchten zu müssen?

Und dies alles geschieht in wahrlich stürmischen Zeiten, in denen Deutschland von Krisen und Kriegen umgeben ist. Die Anzahl destabilisierter Staaten und Länder, die von ethnisch-religiösen Bürgerkriegen betroffen sind, ist hoch: Afrika, der Nahe wie Mittlere Osten, Latein- und Südamerika, Ukraine, Indien, Pakistan oder Afghanistan sind nur einige Beispiele. Die nicht einmal vollständige Aufzählung macht das erschreckende Ausmaß der Weltlage deutlich. Die Krisen und Kriege haben zudem epochale Völkerwanderungen in Gang gesetzt, deren europäisches Hauptziel Deutschland geworden ist. Abgesehen von der Massenflucht aus Latein- und Südamerika, die Nordamerika mit voller Wucht trifft. Allein im März 2019 hat der Grenzschutz an der US-mexikanischen Grenze rund 103.000 Migranten aufgegriffen.

Die Amerikaner haben sich hingegen entschieden, diese unkontrollierte illegale Masseneinwanderung energisch zu

bekämpfen und zu stoppen. Nicht zuletzt wurde Donald Trump wegen seinem Wahlversprechen, eine Grenzmauer zu errichten, zum 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt. Die Grenzmauer ist dabei weit mehr als ein bloßes Bauwerk, sondern ein Symbol der Wehrhaftigkeit, ein Symbol des Willens, seine eigene Bevölkerung zu schützen und die kulturelle Identität zu wahren. Das genaue Gegenteil bewirkt die Willkommenspolitik Angela Merkels in ihrer mittlerweile vierten Amtszeit.

Untergang des Römischen Reiches

Professor Dr. Alexander Demandt lehrte Geschichte an der Freien Universität Berlin und verfasste im Auftrag der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung einen Text zum Ende des alten Roms im Zuge der Völkerwanderung. Explizit wurde der Beitrag im Kontext der gegenwärtigen Flüchtlingskrise bestellt. Nach Einreichen des Textes weigerte sich der Chefredakteur der Stiftungs-Zeitschrift Die politische Meinung, den Text abzdrukken und zensierte ihn. In einem Interview mit der FAZ bezog der Historiker Stellung:

»Was können wir denn aus dem Untergang Roms lernen?

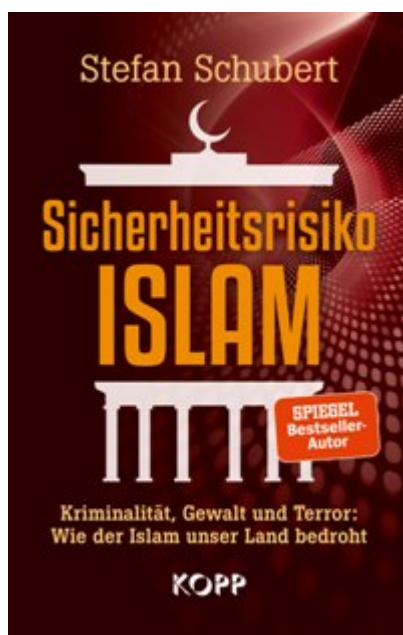
Dass wir eine weitsichtige Politik mit Augenmaß betreiben und auf die langfristigen Folgen von Einwanderung achten müssen. Die Spannung zwischen armen und reichen Völkern ist uralt. (...)

Was würden Sie der Bundeskanzlerin als Historiker heute raten?

Wir müssen den Zustrom begrenzen. Das weiß im Grunde auch jeder. Dazu muss man Härten in Kauf nehmen. Denn es muss sich erst herumsprechen, dass es sich nicht lohnt, nach Deutschland zu kommen. Wir dürfen unsere Souveränität nicht aufgeben. Frau Merkel darf nicht zum Wohle fremder Regierungen und auf Kosten des deutschen Volkes handeln. Ihr Amtseid sieht das Gegenteil vor. Hier schwingt ein moralisches Überheblichkeitsgefühl mit. Man muss sich für das eigene Volk einsetzen – und nicht davonlaufen.«

Die FAZ [veröffentlichte](#) nach der Zensur der CDU-Stiftung den sehr anschaulichen Text des Professors. Besonders eindringlich sticht der letzte Absatz hervor.

»Es ist eine alte Frage, weshalb die reiche, hochentwickelte römische Zivilisation dem Druck armer, barbarischer Nachbarn nicht standgehalten hat. Man liest von Dekadenz, von einer im Wohlstand bequem gewordenen Gesellschaft, die das süße Leben des Einzelnen erstrebte, aber den vitalen und aktiven Germanenhorden nichts entgegenzusetzen hatte, als diese, von der Not getrieben, über die Grenze strömten. Überschaubare Zahlen von Zuwanderern ließen sich integrieren. Sobald diese eine kritische Menge überschritten und als eigenständige handlungsfähige Gruppen organisiert waren, verschob sich das Machtgefüge, die alte Ordnung löste sich auf.«



Wenn »eine kritische Menge überschritten« ist – die Formulierung des Historikers spiegelt die aktuelle Situation in Deutschland treffend wieder. Anstatt sich, wie Trump, endlich der Masseneinwanderung entgegenzustellen, ist es den Regierungsparteien nach wie vor wichtiger, vom linken Feuilleton beklatscht zu werden, als Deutschlands Grenzen, die kulturelle Identität und sein eigenes Volk zu schützen. Die Dekadenz des politischen Berlins und deren Verachtung des eigentlichen Souveräns dieses Landes

könnte nicht deutlicher belegt werden. Die eingewanderte Verbrechens- und islamistische Terrorwelle seit 2015, wird im aktuellen Buch des Autors [Sicherheitsrisiko Islam: Kriminalität, Gewalt und Terror: Wie der Islam unser Land bedroht](#) ausführlich dokumentiert.

Durch die unkontrollierte muslimische Masseneinwanderung treibt ein hochexplosiver Mob auf Deutschlands Straßen sein

Unwesen: Jung, männlich, muslimisch, gewaltaffin, berufs- wie perspektivlos – eine toxische Mixtur, die schon unzählige Opfer gefordert hat. Gewaltexzesse, der Kölner Sex-Mob, brutale wie wahllose Bandengewalt gegen Ungläubige (Amberg), sowie Gruppenvergewaltigungen wie in Freiburg und die zahlreichen Mädchenmorde sind das Resultat dieser verhängnisvollen Politik. Schon beim geringsten Anlass wird das Messer gezogen und skrupellos eingesetzt. Und selbst diese barbarischen Gewalttaten haben bei Politik und Medien zu keinerlei Umdenken geführt.

Deutschland schafft sich ab!

Anstatt die Wehrhaftigkeit des Staates sicherzustellen, dürfen sich diese abgelehnten kriminellen Flüchtlinge frei im Land bewegen und werden obendrein durch den Steuerzahler alimentiert. Und eine Polizei, die auf Anspucken und körperliche Angriffe mit einer Identitätsfeststellung antwortet, verliert dort obendrein jeglichen Respekt.

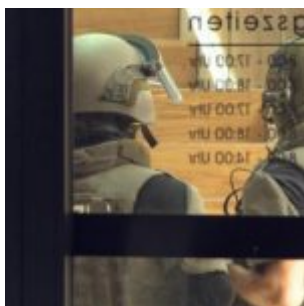
Die stetig ansteigende Kritik in der Bevölkerung wird durch die Meinungsmacht der »Refugees welcome«-Fraktion aus Politik, Medien, Kirche, Gewerkschaften, NGOs und der Asylindustrie unterdrückt, doch die Spannungen innerhalb der Gesellschaft und der vielzitierte Druck im Kessel steigen. Der Mangel an Wehrhaftigkeit gegenüber diesen Zuständen und gegenüber der Ausbreitung des Islam hat in nur wenigen Jahren für einen nicht für möglich gehaltenen Verlust der Inneren Sicherheit geführt.

Der allgemeine Frust wird zunehmen. Nicht nur innerhalb der Bevölkerung, sondern ganz besonders auch unter den eingewanderten Männern. Denn auf diese wartet aufgrund ihres niedrigen Bildungsstandes weder eine erfüllende Arbeit, noch ein Haus, noch ein eigenes Auto. Und sobald dieser Frustpegel weiter ansteigt, werden die salafistischen Seelenfänger leichtes Spiel haben, sich zu radikalisieren und ihren Frust gegen die einheimischen »Ungläubigen« zu richten.

So warnte der ehemalige Chef des Verfassungsschutzes, Hans-Georg Maaßen, vor einer Gefährdung der Stabilität der Demokratie in Deutschland. »Wenn wir nichts verändern, wird sich die Lage in Deutschland erheblich verschlechtern«, sind seine exakten Worte. Deutschland geht schweren Zeiten entgegen, an deren Ende der Untergang der alten Ordnung droht.

» Stefan Schubert: [Sicherheitsrisiko Islam](#), 318 Seiten, 22,99 Euro – [hier](#) bestellen!

Dieser Beitrag ist zuerst bei [KOPP Report](#) erschienen.



Wismar: Ghanaer mit Familiensinn will nicht weg aus Germoney

Westliche (deutsche) Reisende [loben in Ghana](#) die „[...] Herzlichkeit der Menschen, die ehrlich gemeinte Hilfsbereitschaft, die einem in Ghana immer entgegengebracht wird und die Gemeinschaft, die dort noch herrscht.“ So sind sie halt, die Ghanaer. Richtig coole, nette Menschen. Gemeinschaft geht ihnen über alles, wahrscheinlich auch die Familie, und die besonders. Ist es wirklich so?

Ein ghanaischer Familienvater in spe freute sich am Donnerstag in Wismar so sehr über seinen Nachwuchs, dass er den Säugling gleich als Geisel nahm, um sich als leiblicher Vater um sein Wohl kümmern zu können. Es fehlte nur ein klitzekleiner Vaterschaftstest, damit er seine Liebe zum Kinde voll entfalten könnte. Der [STERN](#) berichtet über den leidenschaftlichen Kindsvater:

Die Polizei hat am Abend in der Hansestadt Wismar an der mecklenburg-vorpommerischen Ostseeküste eine Geiselnahme beendet. Ein Mann hielt dort über Stunden ein Baby in seiner Gewalt. Ein Spezialeinsatzkommando überwältigte den Geiselnahmer gegen 20 Uhr. Der Säugling sei in Sicherheit und wohlauf, sagte ein Sprecher der Polizei. Zum Zustand des überwältigten Mannes gab es zunächst keine Informationen.

Die Geiselnahme begann den Angaben zufolge gegen 13.30 Uhr in der Ausländerbehörde des Landkreises Nordwestmecklenburg am Rande der Innenstadt von Wismar. Donnerstags ist diese bis 18 Uhr für den Publikumsverkehr geöffnet. Der vermutlich aus Ghana stammende Geiselnahmer wollte nach übereinstimmenden Berichten des Norddeutschen Rundfunks, der „Bild“-Zeitung und der „Ostsee-Zeitung“ die Anerkennung der Vaterschaft für das Kind erzwingen und so seine drohende Abschiebung aus Deutschland verhindern. Er verlangte hierfür die Durchführung eines Vaterschaftstestes, meldete die Nachrichtenagentur DPA.

Lieb und teuer ist ihm sein Kind, wie man unschwer erkennen kann. Der entsprechende Betrag in Euro dürfte über die Jahre gut sechsstellig werden. Da nimmt es nicht wunder, dass die Fachkraft aus Afrika wohl gleich an Ort und Stelle den Vaterschaftstest und das positive Ergebnis haben und mit nach Hause nehmen wollte. Dass das in einer Ausländerbehörde eher nicht so schnell zu bewerkstelligen ist, war der Fachkraft nicht klar. Vermutlich war er kein Arzt – wohl eher [Ingenieur](#).



Wackere Slowenen im Dienste Europas: Bürgerwehr statt Armee

Von CHEVROLET | Sie ist schon legendär, die Balkanroute der sogenannten Flüchtlinge von der Türkei/Griechenland nach Norden zum von Angela Merkel zum Plündern freigegebenen Deutschland. Ging der Weg ursprünglich über Serbien und Ungarn nach Norden, ist dieser dank Ungarns mutigem Ministerpräsidenten Orbán so nicht mehr möglich. Der Menschennachschub für Merkels Umvolkung läuft dafür jetzt über Bosnien-Kroatien-Slowenien und Österreich.

Zwar müht sich das EU-Land Kroatien redlich, den steten Fluss einzudämmen, doch gelangen immer noch Massen von Menschen nach Slowenien. Das mögen sich auch die fleißigen Slowenen nicht angucken, oder besser gesagt, die slowenischen Bürger nicht. Aus dem Grund haben sich jetzt zur Verstärkung der regulären Grenzwahe an der kroatischen Grenze Bürgerwehren gegründet und fangen Illegale ein, die versuchen, die Grenze zu überqueren, [berichtet der TV-Nachrichtensender Euronews.](#)

Dazu Blaz Zidar, der mit seiner Truppe die Polizeieinheiten des Landes unterstützt: „Ich denke, die einzige Lösung hier ist, dass wir die Armee an die Grenze schicken. Die Situation ist jetzt ähnlich, als ob Sie die Tore eines Gefängnisses

öffnen würden und sagen, wir lassen alle Gefangenen raus. Wer würde da drinnen bleiben? Nicht ein einziger“.

Andrej Sisko, Kommandant der Bürgerwehr, sagt: „Was ist das Ziel? Ziel ist es, Menschen und Freiwillige auszubilden, um ihr Land im Bedarfsfall zu verteidigen und dem Militär und der Polizei zu helfen, die öffentliche Ordnung zu kontrollieren. Es gilt in Zeiten massiver Migrationen aus den afrikanischen und asiatischen Staaten, vor allem von Muslimen, unsere Grenzen zu schützen. Denn ein Staat, der nicht in der Lage ist, seine Grenze zu schützen, ist kein souveräner Staat“.

Der slowenische Ministerpräsident Marjan Sarec hatte bei einem Besuch an der kroatischen Grenze eine Verstärkung des Grenzschutzes gegen irreguläre Migranten angekündigt.

35 zusätzliche Soldaten werden an der Grenze postiert. Unter anderem wird das Militär künftig gepanzerte Fahrzeuge und moderne Überwachungstechnik einsetzen.